

Helmut Kohl: Wir haben es geschafft

Es gibt wieder mehr Arbeitsplätze

Sonderbeilage
Rheinland

Die DGB-Propaganda war ein Schuß in den Ofen, weil sie vorn und hinten nicht stimmt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat im Deutschen Bundestag gesagt, wie es wirklich aussieht:

Wir haben

- wirtschaftliches Wachstum in Gang gebracht,
- Preisstabilität in hohem Maße erreicht,
- niedrigere Zinsen ermöglicht und
- eine Welle von Investitionen ausgelöst.

Dies bedeutet vor allem eines: Eine wachsende Zahl von Neueinstellungen und von neuen, sicheren

(Fortsetzung auf Seite 2)

Herbstgutachten: Weiterer Aufschwung

1986 wird nach Ansicht der fünf führenden Konjunkturforschungsinstitute das vierte Jahr des Aufschwungs. Die Institute erwarten drei Prozent Wirtschaftswachstum, getragen vor allem von einem privaten Konsumanstieg in gleicher Höhe und einem Leistungsbilanzüberschuß von 50 Milliarden DM. Die Zahl der Arbeitslosen wird sinken, die Beschäftigung um 250 000 steigen. Die Preise werden sich dagegen nur um zwei Prozent erhöhen. (Siehe auch Seite 3)

HEUTE LESEN SIE:

● UMFRAGE

Die Deutschen blicken wieder mit Optimismus in die Zukunft
Seite 2

● KIRCHEN

Die Denkschrift der EKD zeigt ein hohes Maß an Übereinstimmung mit unserem Grundsatzprogramm, stellt Ministerpräsident Ernst Albrecht fest.
Seite 5

● RAU

Der Kanzlerkandidat der SPD wollte alle sozialen Kürzungen zurücknehmen und kürzt selbst in seinem eigenen Land ausgerechnet diese Etatpositionen.
Fragen zum Sozialabbau in NRW
Seite 7

● ROT-GRÜN

Walter Wallmann: Der hessische Probelauf ist eine Kampfansage an die moderne Industriegesellschaft
Seite 9

● CDU RHEINLAND

Ein verheißungsvoller Auftakt, aber jetzt beginnt die Arbeit, erkläre der neue Landesvorsitzende Dieter Pützhofer. Ein Bericht vom 40. Parteitag der CDU Rheinland in Düsseldorf
gelber Teil

Die Deutschen blicken wieder mit Optimismus in die Zukunft

Meinungsforschungsinstitute haben ermittelt, daß die pessimistischen wirtschaftlichen Zukunftserwartungen der Gewerkschaften von der Mehrheit der Bevölkerung nicht geteilt werden.

So hat das Emnid-Institut die Auswertung einer Repräsentativ-Erhebung abgeschlossen. Darin wird zwar die Bedeutung des Themas Arbeitslosigkeit bestätigt: Aus allen Umfragen, die sich mit den Gegenwartsproblemen befassen, geht eindeutig hervor, daß das Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzsicherung den höchsten Rang bei den Bundesbürgern hat.

Zum Trend der letzten Jahre jedoch bemerkt Emnid: Der Trend stellt sich so

(Fortsetzung von Seite 1)

Arbeitsplätzen. In diesem Jahr werden voraussichtlich 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze bereitgestellt.

■ Wir haben einen drastischen Abbau der Kurzarbeit erreicht. Waren es Anfang 1983 noch knapp 1,2 Millionen Kurzarbeiter, so ist ihre Zahl bis heute auf rd. 100 000 zurückgegangen. Dies bedeutet: Hunderttausende von Arbeitnehmern, die vor 2 Jahren noch den Verlust ihres Arbeitsplatzes befürchten mußten, verfügen heute wieder über einen sicheren Arbeitsplatz.

■ Die Jugendarbeitslosigkeit zeigt im europäischen Vergleich den niedrigsten Stand. Innerhalb der letzten zwei Jahre konnte die Gesamtzahl der Lehrstellen um über 130 000 gesteigert werden.

(Den Wortlaut der Regierungserklärung finden Sie im grünen Teil dieser Ausgabe).

dar, daß immer weniger erwachsene Bundesbürger eine Zunahme der Arbeitslosigkeit befürchten. Der Anteil derjenigen, die mit wachsenden Arbeitslosenzahlen in den nächsten zwei bis drei Jahren rechnen, hat sich seit 1981 halbiert.

Auch in der Beurteilung des Wirtschaftsaufschwungs zeichnet sich nach den Befunden der Meinungsforscher ein Bewußtseinswandel ab. Im letzten vollen Amtsjahr des SPD-Kanzlers Schmidt (1981) beurteilten laut Angaben von Infratest im Jahresdurchschnitt 28 Prozent der Deutschen die Wirtschaftslage als gut oder sehr gut. Nach einer am 30. September 1985 abgeschlossenen repräsentativen Infratest-Umfrage liegt dieser Prozentsatz jetzt bei 48 Prozent.

Nach Berechnungen von Infratest wächst die Zufriedenheit auch im Lager der Oppositionsanhänger: 38 Prozent der SPD-Sympathisanten waren Ende September (Vormonat: 30 Prozent) der Meinung, daß die Wirtschaftssituation in der Bundesrepublik gut oder sehr gut ist. Selbst 32 Prozent der Grünen (Vormonat: 14 Prozent) teilen dieses Urteil.

Was die eigene wirtschaftliche Situation betrifft, so wird sie von 71 Prozent der Bundesbürger als gut oder sehr gut bewertet.

Entsprechend der zunehmend positiven Einschätzung der Wirtschaftslage verbessert sich den Meinungsforschern zufolge auch die politische Grundstimmung in der Bundesrepublik. Nach Emnid sind nur noch 31 Prozent der Bevölkerung über die politischen Verhältnisse beunruhigt, 68 Prozent sind nicht beunruhigt.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Infas-Institut. Danach machen sich nur 28 Prozent der Deutschen Sorgen um die Zukunft (22 Prozent wollten sich dazu nicht äußern). Dagegen rechnen 50 Prozent mit einer gesicherten Zukunft für die nächsten zehn Jahre.

Politik der Bundesregierung ist erfolgreich

Am 21. Oktober 1985 haben die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ihr Herbstgutachten über die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft vorgelegt. Das Gutachten bestätigt die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Der wirtschaftliche Aufschwung wird sich auch 1986 weiter verstärken:

- Das Bruttosozialprodukt wird 1986 um 3 Prozent zunehmen (1985: + 2,5 %).
- Die verfügbaren Einkommen werden real um 3 Prozent steigen.
- Die Preise werden weiterhin stabil bleiben.
- Aufgrund der niedrigeren Preissteigerungsrate und der gesunden Staatsfinanzen können die Zinsen weiter sinken.
- Die Exporte werden um 4 Prozent zunehmen.
- Die Ausrüstungsinvestitionen werden um 6 Prozent steigen.
- Das wichtigste: Die Zahl der Arbeitsplätze wird 1986 um 250 000 zunehmen.

Nach Abschluß der DGB-Aktionswoche mit Desinformationen und falschen Zahlen legen die unabhängigen Sachverständigen damit eine realistische, durch klare Daten und Fakten begründete Beurteilung der wirtschaftlichen Lage vor. Dies ist eine erfreuliche Stärkung des wirtschafts- und stabilitätspolitischen Kurses der Bundesregierung.

In der Bundesrepublik Deutschland nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion seit dem witterungsbedingten Rückschlag zu Jahresbeginn kräftig zu.

Rund $\frac{1}{3}$ dieser Zunahme (Erwerbstätige)

erklärt sich daraus, daß die Unternehmen Appellen folgend vermehrt Lehrstellen geschaffen haben.

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich fortsetzen . . . Die Aufschwungkräfte werden sich weiter von der Auslands- zur Inlandsnachfrage verlagern. Dies spiegelt insbesondere die Belebung des privaten Verbrauchs wider, der erstmals seit Beginn der 80er Jahre wieder relativ kräftig steigen wird. Hinzu kommt, daß sich der Rückgang der Bautätigkeit nicht fortsetzt. Vieles spricht dafür, daß die Investitionstätigkeit auch im nächsten Jahr lebhaft sein wird.

Im kommenden Jahr wird der private Konsum merklich stärker expandieren als in den letzten Jahren, weil die Einkommen beschleunigt zunehmen . . . Die Nettoeinkommen werden wegen der Steuerentlastung sogar um rund 5 Prozent zunehmen.

Aussagen zu einzelnen Bereichen

Zunehmende Beschäftigung

Seit dem Tiefpunkt im ersten Vierteljahr 1984 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um fast 250 000 erhöht. Im Dienstleistungsbereich und in der Industrie nahmen die Zahlen der Beschäftigten um jeweils 150 000 zu. Auch die Zahl der Selbständigen, die viele Jahre lang gesunken war, steigt wieder.

Lebhafte Investitionstätigkeit

Die Investitionen werden weiter zunehmen, vor allem die Erwartungen für den Absatz im Inland werden sich verbessern.

Dies ist vor allem auch auf die stimulierenden Effekte der Finanzpolitik zurückzuführen.

Stabilisierung der Bautätigkeit

Im Verlauf des Jahres 1986 werden auch die Bauinvestitionen wieder steigen. Dies ist unter anderem auf die niedrigeren Zinsen und den Wiederanstieg der Realeinkommen zurückzuführen. Auch aufgrund der erhöhten Bundesmittel für die Förderung des Städtebaus werden 1986 die öffentlichen Bauinvestitionen nennenswert höher sein als in diesem Jahr.

Privater Verbrauch nimmt verstärkt zu

Weil die Einkommen wieder stärker zunehmen wird auch der private Konsum wieder stärker ausgeweitet. Die Brutto-lohn- und Gehaltssumme wird 1986 um rund 4,5 Prozent steigen. Aber auch die Transfereinkommen expandieren stärker als bisher: Der Nettoanstieg der Renten fällt etwas höher aus, die Inanspruchnahme von Vorruhestandsgeld nimmt zu, das

Erziehungsgeld wird eingeführt, die Ausgaben für Sozialhilfe werden merklich größer sein, Wohngeld und Kindergeld werden aufgestockt. Diese Maßnahmen führen bei den privaten Haushalten zu Mehreinnahmen von insgesamt 4 Milliarden Mark. Damit wird das verfügbare Einkommen doppelt so stark zunehmen wie in diesem Jahr.

Die Finanzpolitik trägt damit (1. Stufe der Steuerreform) zusammen mit der kräftigen Steigerung der Investitionsausgaben und der Erhöhung sozialer Leistungen dazu bei, daß der Anstieg des realen Sozialprodukts im kommenden Jahr trotz der sich abschwächenden Expansion der Auslandsnachfrage nicht geringer, sondern sogar etwas größer sein wird als in diesem Jahr.

Damit ist klar, daß sich das Sparen gelohnt hat, gelohnt für die größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die den Aufschwung nachhaltig unterstützt.

Im Mai 1987 Volkszählung

Im Frühjahr 1987 kann mit dem Stichtag 25. Mai 1987 eine neue Volkszählung durchgeführt werden. Der Bundesrat hat dem Volkszählungsgesetz 1987 einstimmig zugestimmt. Zugleich hat der Bundesrat in einer EntschlieÙung die Bundesregierung ersucht, die nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1983 gebotene verläßliche Aufklärung der Auskunftspflichtigen möglichst umgehend in Abstimmung mit den Ländern einzuleiten. Mit der Volkszählung im Jahre 1987 können neue statistische Grunddaten über den Stand der Bevölkerung, ihre räumliche Verteilung und ihre Zusammensetzung nach demographischen und sozialen Merkmalen sowie über ihre wirtschaftli-

che Betätigung gewonnen werden; sie sind unentbehrliche Grundlage für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen des Bundes, der Länder und Gemeinden. Die letzte Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung fand in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1970 statt. Ihre Ergebnisse sind durch die in der Zwischenzeit eingetretenen Veränderungen überholt.

Ernst Albrecht Präsident des Bundesrates

Ernst Albrecht, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, wurde turnusgemäß vom Bundesrat einstimmig zu seinem Präsidenten für das Geschäftsjahr vom 1. November 1985 bis zum 31. Oktober 1986 gewählt.

Hohes Maß an Übereinstimmung mit unserem Grundsatzprogramm

Die Evangelische Kirche Deutschlands hat unter dem Titel „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ eine Denkschrift veröffentlicht. Dazu erklärt der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Ministerpräsident Ernst Albrecht:

Die CDU begrüßt die Denkschrift der EKD „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“. Zwar spiegelt die Denkschrift die ganze Meinungsvielfalt in der Evangelischen Kirche und damit auch die unterschiedlichen politischen Positionen unserer Gesellschaft wider, aber der große Wert dieser Denkschrift liegt in der klaren Zustimmung zum Staat des Grundgesetzes. Diese deutliche Grundposition der EKD ist ein wichtiger Beitrag zur Orientierung und zur Stärkung des demokratischen Rechtsstaates in einer Zeit, in der der demokratische Grundkonsens brüchig zu werden droht, zur Durchsetzung politischer Ziele immer wieder von nicht gänzlich unbedeutenden Gruppen das Recht verletzt wird und der demokratische Rechtsstaat heftigen Angriffen von links und rechts ausgesetzt ist. Die CDU stellt ein hohes Maß an Übereinstimmung grundlegender Aussagen der Denkschrift mit ihrem Grundsatzprogramm fest. Dies betrifft insbesondere die Aussagen über die Verantwortung des Christen für Staat und Gesellschaft, den Zusammenhang zwischen christlichem Menschenbild und gesellschaftlicher Ordnung, die Bindung des Staates an Menschenwürde, Menschenrechte und die unveräußerlichen Grundrechte aller Bürger sowie die Pflicht des Staates zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Die wichtigsten Aussagen liegen für die CDU in folgenden sechs Punkten:

1. Die Feststellung der Denkschrift, der demokratische Staat weise eine Nähe zum christlichen Menschenbild auf und heute könne nur eine demokratische Verfassung der Menschenwürde entsprechen, hebt den Wert des demokratischen Rechtsstaates gegenüber anderen Staatsformen besonders hervor. Eine wertmäßige Gleichstellung demokratischer Staaten mit anderen Staatsformen kann es nicht geben. Totalitäre Systeme widersprechen dem christlichen Menschenbild. Der hohe Wert des demokratischen Rechtsstaates begründet für die CDU auch dessen Verteidigungswürdigkeit.
2. Die Denkschrift stellt eindeutig fest, daß das Mehrheitsprinzip eine wesentliche Grundlage des demokratischen Staates ist. Diese Klarstellung war notwendig gegenüber solchen Positionen, die das Mehrheitsprinzip dann außer Kraft setzen wollen, wenn es um politische Entscheidungen geht, die tatsächlich oder angeblich Überlebensfragen der nachfolgenden Generation berühren.
3. Mit erfreulicher Klarheit stellt die Denkschrift fest, daß es ein Widerstandsrecht in der freiheitlichen Demokratie nur gegen denjenigen gibt, der es unternimmt, die Ordnung der Verfassung zu beseitigen. Die Christlich Demokratische Union stellt fest: Das Recht ist nicht der Beliebigkeit einzelner oder einzelner Gruppen anheimgestellt. Über die Rechtmäßigkeit von Verwaltung und Gesetzgebung wachen die Gerichte. Jedermann kann in der Demokratie für seine politische Meinung werben und Mehrheiten suchen. Mehrheitsentscheidungen, die von den

zuständigen Organen unseres Staates im Rahmen der Verfassung getroffen werden, gelten auch für die Minderheit. Gewissensentscheidungen werden nicht nur von Minderheiten, sondern auch von Mehrheiten getroffen.

4. Die CDU stimmt der Denkschrift ausdrücklich zu, wenn sie darauf hinweist, daß der staatliche Schutz der Grundrechte erst dann seinen vollen Sinn erhält, wenn die Bürger ihr Leben aus freien Stücken daran orientieren. Sie weist z.B. auf das Problem hin, daß der grundrechtliche Schutz von Ehe und Familie seinen Sinn verliert, wenn in der Gesellschaft lebendige Ehen und Familien zur Ausnahme werden. Hier aber ist die Politik gefordert. Sie muß die Voraussetzungen schaffen, daß Familien existieren und sich entfalten können. **Mit der Familienpolitik der CDU-geführten Bundesregierung wurde ein entscheidender Durchbruch für die Familie erzielt.** Natürlich kommt es bei der Familienpolitik nicht nur auf die Finanzen an. Aber welchen Stellenwert Staat und Gesellschaft der Familie beimessen, erweist sich auch in konkreten steuer- und haushaltspolitischen Entscheidungen.

5. Die Kritik der Denkschrift an manchen Erscheinungsformen des Parteiensystems werden alle demokratischen Parteien ernst zu nehmen haben. Die CDU ist bereit, Anregungen aus der Kritik zu entnehmen. Andererseits sind wir dankbar, daß die Denkschrift auf die verfassungsrechtlichen Aufgaben der Parteien hinweist. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen Parteien Geld, auch Spenden. Die Befürchtung der Denkschrift, dadurch entstehe politische Abhängigkeit von wirtschaftlich mächtigen Gruppen, trifft auf die CDU nicht zu. Volksparteien können nicht durch Spenden gekauft und bestochen werden. Wer dies behauptet, verkennt den komplexen

Vorgang der politischen Willensbildung. Eine Volkspartei wie die CDU, deren Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung kommen und die, um Mehrheiten zu erhalten, auf die Zustimmung breiter Kreise der Bevölkerung angewiesen ist, kann nie eine Politik im Interesse politisch und wirtschaftlich einflußreicher Gruppen machen.

6. Die CDU stimmt der Aussage zu, daß die demokratische Ordnung lebensfähig d. h. auch erfahrbar gehalten werden muß. Unsere Demokratie lebt von Eigenverantwortung, Selbsthilfe und dem freiwilligen Engagement seiner Bürger. Bürokratie und Unüberschaubarkeit des Gesetzes lähmen wichtige demokratische Kräfte. Deshalb tritt die CDU für einen Abbau der Bürokratie und weniger Verwaltungsvorschriften ein. Deshalb bejahen wir eine möglichst starke kommunale Selbstverwaltung sowie den föderalistischen Aufbau unseres Staates. **Deshalb fördern wir Eigenverantwortung, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe. Sie sind notwendige Elemente einer lebendigen Demokratie, die wir durch unsere Politik zu stärken suchen.**

Rau ausgepiffen: Noch ein Mißgriff

Die Übernahme der Schirmherrschaft über das Internationale Sport- und Spielfest der Initiative Sportler und Sportlerinnen für den Frieden in Dortmund durch den SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau ist ein weiterer der nicht enden wollenden peinlichen Mißgriffe des mutmaßlichen SPD-Kanzlerkandidaten.

Da nützt es Johannes Rau wenig, daß er eben auf dieser Veranstaltung ausgepiffen wurde. Die Tatsache, daß er hier benutzt worden ist, hat er offensichtlich bis heute nicht begriffen, stellt MdB Friedrich Bohl fest.

Die soziale Politik des Johannes Rau In NRW 20 500 Arbeitsplätze vernichtet

Der Kanzlerkandidat der SPD, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, hat bemerkenswerte Aussagen gemacht. Alle vorgenommenen Kürzungen will er rückgängig machen, wenn er Bundeskanzler wird. Man muß diesem Mann mehr als Unredlichkeit vorwerfen. Täuschung, Volksverdummung und Dreistigkeit sind seine Markenzeichen, stellt MdB Horst Günther fest.

Zur gleichen Zeit, in der Herr Rau nach einem Stellenabbau von rund 11 000 Landesbediensteten nun noch einmal 9 500 Arbeitsplätze vernichten will, erklärt dieser Mann, er wolle die Kürzungen im sozialen Bereich des Bundes rückgängig machen.

Warum hat er denn in Nordrhein-Westfalen (NRW) so stark gekürzt? Er braucht doch nicht zu warten, bis er Kanzler sein will; er kann doch seine eigenen Kürzungen erst einmal zurücknehmen. Tut er das nicht, muß ihm bis zu dieser Rücknahme vorgeworfen werden, daß er Versprechungen in Milliardenhöhe macht, die er im eigenen Lande nicht hält.

Sozialabbau in NRW

MdB Alfons Müller (Wesseling) machte dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, folgende Rechnung auf:

Familienpolitik

Bei den familienpolitischen Leistungen kürzte das Land zwischen 1980 und 1985 insgesamt 56,2 Millionen DM.

Beispiele:

Familienerholung 1980 12,8 Millionen, 1985 3,2 Millionen DM.

Kinder- und Müttererholung 1980 1,05 Millionen, 1985 0,6 Millionen DM.

Adoptionsvermittlung und Pflegekinderdienst 1981 4,9 Millionen, 1985 0 DM.

Sozialpolitik

In der Sozialpolitik des Landes summieren sich die Kürzungen von 1980 bis 1985 auf 321,8 Millionen DM.

Beispiele:

Altenerholung 1980 10,7 Millionen, 1985 7 Millionen DM.

Förderung von Alteneinrichtungen 1980 102 Millionen, 1985 58 Millionen DM.

Förderung von Behinderteneinrichtungen 1980 32,4 Millionen, 1985 15,4 Millionen DM.

Personalkostenzuschüsse an Freie Verbände 1981 21,2 Millionen, 1985 19,5 Millionen DM.

Zuschüsse für ausgewählte Maßnahmen zur sozialen Rehabilitation von Obdachlosen 1980 1,8 Millionen, 1985 0 DM.

Ausbildungsförderung für Schüler

Hier sparte das Land von 1980 bis 1985 493 Millionen DM ein. Haushalt 1980 360 Millionen, Haushalt 1985 133 Millionen DM.

Landesjugendplan

Von 1980 bis 1985 wurden der Jugendarbeit im Land Nordrhein-Westfalen insgesamt 315 Millionen DM entzogen. Dies zeigt sich unter anderem in der Verringerung folgender Titel:

Bildungsaufgaben 1980 52,68 Millionen, 1985 38,25 Millionen DM.

Jugenderholung 1980 13,5 Millionen, 1985 7,25 Millionen DM.

Kindererholung 1980 18,3 Millionen, 1985 5 Millionen DM.

Berlinfahrten und internationale Begegnungen 1980 1,7 Millionen, 1985 0,7 Millionen DM.

Freiwillige soziale Dienste 1980 0,45 Millionen, 1985 0 DM.

Gespräche auf europäischer Ebene

Nach einer Vorstandssitzung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 10. Oktober 1985 in Straßburg erklärt der Bundesvorsitzende Prof.

Gerhard Zeitel: Mit dieser Sitzung beginnt die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) eine Reihe von europäischen Gesprächen, mit denen der europäischen Mittelstandspolitik weitere Impulse gegeben werden sollen.

Neben der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Mittelstands-Union (EMSU) will die MIT die Zusammenarbeit mit europäischen Parlamentariern und der EG-Kommission weiter ausbauen. Sie begrüßte besonders die Anwesenheit zahlreicher, dem Mittelstand verbundener Abgeordneter des Europäischen Parlaments, an der Spitze Ingo Friedrich, Vorsitzender und einer der Initiatoren der interfraktionellen Arbeitsgruppe Mittelstand des Europäischen Parlaments.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine Aussprache mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Karl-Heinz Narjes, über den Stand der europäischen Integration und die Politik der Kommission für den Mittelstand. Kernpunkte dieser Politik sind die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und die Technologieentwicklung.

Zeitel sieht Europa am Scheidepunkt: Es gehe nun darum, wieder europäische Begeisterung zu wecken und die Zukunft Europas durch eine stärkere Berücksichtigung des Mittelstandes zu sichern, der gegenüber der wohlorganisierten Kraft der Großindustrie ebenso wie der Gewerkschaften ein Gegengewicht bieten müsse.

Zeitel regte die Durchführung einer europäischen Fachtagung zur Ausbildung von Jugendlichen im bewährten dualen System in Zusammenarbeit mit dem Handwerk an, wobei es auch um die Jugendarbeitslosigkeit und die Handwerksordnung gehen soll. Diesem Vorschlag wurde von Kommissar Narjes Unterstützung von Seiten der Kommission zugesagt.

Das nächste europäische Gespräch soll im März 1986 mit der EG-Kommission in Brüssel stattfinden.

Bei den Vorstandsberatungen zur innenpolitischen Lage ging es auch um den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Ladenschlußgesetzes. Die MIT hält das derzeitige Ladenschlußgesetz für einen guten Kompromiß zwischen den Interessen des Handels und seiner Beschäftigten sowie der Verbraucher. Die auslaufende Sonderregelung für die Stuttgarter Klett-Flughafens machen jedoch eine Regelung notwendig. Die MIT hat deshalb einen Gesetzentwurf erarbeitet, der es den Landesbehörden erlaubt, für unterirdische Verkehrsknotenpunkte in Großstädten mit über 500 000 Einwohnern eine Ausnahme genehmigung für den Abendverkauf bis 22.00 Uhr zu erteilen. Diese Eckpunkte für die Ausnahmeregelung sind für die MIT unverzichtbare Bestandteile einer neuen gesetzlichen Regelung.

Ausbildungsleistung des Bundes weiter gesteigert

Das Ausbildungsangebot der Betriebe, Forschungsstätten, Behörden und Einrichtungen des Bundes ist gegenüber 1983 um 14,8% gesteigert worden. Nachdem 1983 27 438 und 1984 30 206 Nachwuchskräfte eingestellt wurden, sind für das Ausbildungsjahr 1985/86 rund 31 500 Ausbildungsplätze angeboten worden. Insgesamt erhalten gegenwärtig 105 000 Jugendliche eine Ausbildung beim Bund.

Der hessische Probelauf ist eine Kampfansage an die moderne Industriegesellschaft

Die Koalitionsentscheidung von SPD und Grünen hat weitreichende Folgen, nicht nur für Hessen, sondern gewiß auch für andere Bundesländer, wie Niedersachsen, und natürlich auch für die Bundespolitik, erklärte der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Walter Wallmann.

In Hessen soll ein sogenannter Probelauf stattfinden, damit die SPD feststellen kann, wie sich eine derartige Koalition auf das gesamte politische Umfeld auswirken wird, wie die Menschen darauf reagieren werden.

Die Wirkungen werden zunächst in die SPD selbst hineinreichen. Die SPD, die Ende der 60er und in den 70er Jahren die damals protestierenden jungen Leute eingeladen hatte, in die SPD einzutreten, ist dabei in ihren politischen Grundsätzen und in ihrem Selbstverständnis nicht unberührt geblieben. Die SPD hat sich im Laufe der Jahre verändert. Der frühere Bundeskanzler Schmidt hat das auf dem Parteitag im Frühjahr 1982 deutlich zu spüren bekommen. Die SPD driftet immer weiter weg vom Godesberger Programm, von der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik bis hin zur Innen- und Wirtschaftspolitik. Diese unübersehbare Entwicklung wird nun drastisch verstärkt werden durch diese Koalition in Hessen. Hier vollziehen sich Bewußtseinsveränderungen innerhalb der SPD selbst. Das ist ein gravierender Tatbestand für die Entwicklung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, nicht nur in Hessen. Dies ist eine Koalition mit den Grünen, die sich noch einmal in den vergangenen

Tagen in ihren wirklichen Absichten de-couviert haben. In Frankfurt beispielsweise haben die Grünen auf der einen Seite versucht, sich verbal von Gewaltanwendungen abzugrenzen, gleichzeitig aber zum Ausdruck gebracht, daß sie große Sympathie für diejenigen haben, die dort nicht nur demonstriert haben, sondern aus deren Reihen heraus dann auch schwere Gewalt verübt worden ist. Sachschäden allein in einer Nacht von 3,5 Millionen Mark, Verletzung von Polizeibeamten.

Die Regel- und Gesetzesverletzungen der Grünen sind nicht nur theoretisches Programm, die Grünen haben sich in der konkreten Situation nicht davon distanziert, sondern in praxi das zumindest dadurch unterstützt, daß sie ein Umfeld geschaffen haben. Das macht es um so bemerkenswerter, daß diese Koalition von der SPD gleichwohl verwirklicht wird.

Auf die Bürgerinnen und Bürger muß das wie ein Hohn wirken. Ich bin der festen Überzeugung, die Menschen verstehen das auch nicht mehr. Dieses wird Rückwirkungen haben auch bei den kommenden Wahlen. Es ist anzumerken, daß die SPD mit dieser Koalition eine Entscheidung getroffen hat, die nicht sein mußte. Die CDU hatte der SPD angeboten, eine Koalitionsvereinbarung zu treffen. Die CDU hatte damals gesagt, wir tun dieses, weil es staatspolitisch notwendig ist. Die SPD ist darauf nicht eingegangen.

Es muß uns auch bedrücken, daß es Aktionsbündnisse gibt, nicht nur an Universitäten, sondern auch im Vorfeld von Demonstrationen, von Gruppen der SPD

nicht nur mit den Grünen, sondern auch mit der DKP, der SDAJ und allen möglichen anderen Gruppierungen, von denen man weiß, wie sie zur Demokratie stehen, oder richtiger gesagt, daß sie die Demokratie bekämpfen. Alles das muß Auswirkungen auf die innere Verfassung der SPD haben.

Die Koalition muß auf die Arbeitnehmer wie eine Kampfansage wirken. Es ist eine

Börner und Fischer 1983

Aus dem stenographischen Bericht über die 19. Sitzung des Bundestags am 8. September 1983:

Vizepräsident Westphal: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fischer?

Ministerpräsident Börner (Hessen): Herr Präsident, ich möchte den Gedankengang jetzt gern fortsetzen. Sie wissen ja, Herr Fischer, daß ich Ihre Fraktion für politikunfähig halte. Es hat keinen Sinn, diesen Dialog hier fortzusetzen.

Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle: Beifall bei der SPD.

Fischer ist im Gespräch als Minister für Umwelt und Energie.

Kampfansage an die moderne Industriegesellschaft. Die andere Republik meint auch eine andere Wirtschaftssituation, ist eine Absage vom Grundsatz her an moderne Technik und Technologien. Ein grüner Minister für Umwelt und Energie hat Wirkungen und Konsequenzen für die Arbeitnehmerschaft. Sichere und mehr Arbeitsplätze bedeutet auch, ja zu sagen zu den modernen Techniken und Technologien, damit wir wettbewerbsfähig bleiben, nicht nur im Verhältnis Hessens zu den anderen Bundesländern, sondern auch im Weltmaßstab.

Börner und die SPD opfern das Gemeinwohl und gerade die Interessen der Arbeitnehmer und der gesamten Gesellschaft dem Machterhalt und der persönlichen Karriere. Die Wirtschaft findet nicht die erforderlichen Bedingungen. Hessen koppelt auf Dauer ab von der Entwicklung in anderen Bundesländern. Das ist statistisch nicht in drei Tagen zu messen. Das wird sich auswirken in Fragen der Wirtschaftsansiedlungen. Es werden ernste Probleme auf uns zukommen, was Abwanderungen angeht. Mit dieser Koalition spricht die SPD auch bundesweit aus, wie wenig sie sich selbst vertraut, wie wenig Erfolgsaussichten sie für die Zukunft sieht. Die SPD will die Grünen als Mehrheitsbeschaffer.

DGB Hessen: Forderungen im eigenen Haus erfüllen

Betriebsrat und Beschäftigte des hessischen DGB haben verlangt, daß der DGB-Bundesvorstand die Forderungen der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen im eigenen Haus erfüllt. In einem Brief „an den Kollegen Ernst Breit“ kritisieren sie „einen eklatanten Widerspruch zwischen den Forderungen nach außen und dem Verhalten gegenüber den eigenen Beschäftigten“. Die Angestellten beim hessischen DGB sind darüber verärgert, daß der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche nicht zustimmt, den der DGB-Betriebsrat fordert. Statt der vom DGB verlangten „attraktiven Vorruhestandsregelung“ biete der Gewerkschaftsbund seinen Beschäftigten nur das „im allgemeinen“ bekämpfte Blüm-Modell an.

Grußwort von der DAG

Ergänzend zu unserm Bericht über den CDA-Kongreß in Saarbrücken sei erwähnt, daß Walter Quartier vom Bundesvorstand der DAG ebenfalls ein Grußwort gesprochen hat.

Gerechte Regelung der Erstattung von Krankheitskosten

Neue Richtlinien für die Beihilfe für Beamte und Versorgungsempfänger des Bundes treten am 1. Oktober 1985 in Kraft. Sie gelten ebenfalls für die Bediensteten der Länder Bayern, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die übrigen Bundesländer werden prüfen, ob sie ihre Regelungen anpassen werden. Die Richtlinien des Bundesinnenministeriums vollziehen einen Beschluß der Bundesregierung vom 27. Oktober 1982. Ziel der Neufassung, die im folgenden dargestellt wird, ist eine gerechtere Regelung der Erstattung der Krankheitskosten.

Gerechtere Erstattung der Krankheitskosten

Grundlage des Beihilferechtes ist die gesetzlich verankerte Fürsorgepflicht des Dienstherrn für die Beamten, die nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig sind. Sie erhalten statt dessen von ihren Dienstherrn im Krankheitsfalle Leistungen als Beihilfe, welche allerdings nur einen Teil der anfallenden Kosten abdecken. Den von der Beihilfe nicht erstatteten Teil der Krankheitskosten übernimmt bei den meisten Beamten eine private Zusatzversicherung, für deren Prämie sie selbst aufkommen.

Die Neuregelung war vor allem aus zwei Gründen nötig geworden:

1. Nach den alten Richtlinien war es möglich, daß ein Beamter im Krankheitsfalle in der Summe der Erstattungen aus der Beihilfe und der privaten Krankenversicherung mehr als 100 Prozent der angefallenen Kosten erhielt. Man sprach von der sogenannten „Übersorgung“. Diese Übersorgung mußte durch eine

100-Prozent-Begrenzung korrigiert werden.

2. Die alten Richtlinien waren sehr kompliziert und sahen eine große Zahl von Sondertatbeständen vor, die die Erstattungssätze veränderten. Eine Vereinfachung war dringend geboten.

Das neue Recht

Die alten Richtlinien vom 30. September 1979 sahen folgende Erstattungsanteile für die entstehenden Behandlungskosten vor:

der Ledige erhielt	50 Prozent,
ein Ehepaar ohne Kinder	55 Prozent,
ein Ehepaar mit einem Kind	60 Prozent,
ein Ehepaar mit zwei Kindern	65 Prozent,
ein Ehepaar mit drei Kindern	70 Prozent.

Für die stationäre Behandlung wurde ein Zuschlag von 15 Prozent gewährt, maximal konnten jedoch 85 Prozent erstattet werden. Hinzu kam die Berücksichtigung einer Vielzahl von Sondertatbeständen, die sich in prozentualen Erhöhungen oder Abschlägen auswirkten.

Die neuen Bemessungssätze betragen künftig:

für den Beihilfeberechtigten	50 Prozent,
für den Beihilfeberechtigten mit zwei oder mehr Kindern	70 Prozent,
für den Ehegatten	70 Prozent,
für jedes Kind	80 Prozent,
für den Versorgungsempfänger	70 Prozent.

Für einen Ehegatten, dessen eigene Einkünfte 30 000 DM im Jahr übersteigen, wird künftig keine Beihilfe mehr gewährt.

Die Vorteile der neuen Beihilfe

Es kann nicht Sinn der Fürsorge des Dienstherrn sein, daß der Beamte im

Falle der Krankheit mehr erhält, als wenn er gesund ist und arbeitet. Die Möglichkeit einer „Übersversorgung“ widerspricht deshalb dem Sinn der Beihilfe.

Die überwiegende Zahl der Bundesbediensteten konnte schon bisher die 100-Prozent-Grenze nicht überschreiten. Soldaten und Polizeivollzugsbeamte sind durch die Heilfürsorge, die Bahn- und Postbeamten durch die Krankenversicherung der Bundesbahn bzw. die Postbeamtenkrankenkasse versichert. Zudem besteht für einen Teil der Beamten Versicherungsschutz bei privaten Krankenversicherungsunternehmen, die nur beihilfe-konforme Versicherungsverträge zulassen.

Durch die 100-Prozent-Grenze wird nun auch für einen kleinen Teil der Beamten der Zustand hergestellt, der für alle übrigen Personenkreise bereits besteht. Sie dient damit dem Ziel, die eigenständige beamtenrechtliche Krankenfürsorge dauerhaft zu sichern und zu stärken. Dieses Ziel steht im Einklang mit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1982: „Die Stärkung des Berufsbeamtentums ist für diese Bundesregierung eine Verpflichtung.“

Die 100-Prozent-Grenze gewährleistet gleichzeitig, daß in Verbindung mit der privaten Krankenversicherung die im Krankheitsfall tatsächlich entstandenen Aufwendungen voll abgedeckt werden.

Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung

Die Vielzahl der Sondertatbestände des alten Rechtes bildete eine unnötige Erschwernis für die Beamten, die Verwaltungen und die Krankenversicherungsunternehmen, die mit diesen Richtlinien arbeiten mußten. Sie waren uneinheitlich und kompliziert. Die Neuordnung kommt mit ihren einfach zu übersehenden Erstattungssätzen dem Wunsch der

Bürger und der Verwaltungen nach Vereinfachung und Überschaubarkeit entgegen. Sie bildet darüber hinaus eine solide Grundlage für die vom Deutschen Bundestag bereits seit 1971 geforderte Vereinfachung und im Benehmen mit den Ländern anzustrebende Vereinheitlichung dieses Rechtsgebietes.

Dies wird beispielhaft deutlich an der Personenbezogenheit des neuen Systems. Nach den bisherigen Richtlinien hing der Erstattungssatz vom Familienstand des Beihilfeberechtigten ab. Dies führte dazu, daß mit jeder Änderung des Familienstandes auch komplizierte Vertragsänderungen mit der privaten Krankenversicherung notwendig wurden. Da die neuen Richtlinien personenbezogen sind, ist dies wesentlich vereinfacht. Sie sind systemgerechter, weil die private Krankenversicherung das Risiko auch personenbezogen versichert.

Familienfreundlichkeit

Die Neuregelung enthält eine familienfreundliche Komponente. Beihilfeberechtigte mit zwei oder mehr Kindern erhalten für sich selbst 70 Prozent, für jedes Kind aber 80 Prozent. Nach der bisher gültigen Regelung erhielt in diesem Beispiel jede Person nur 65 Prozent. Durch die Erhöhung der Beihilfesätze kann der Familienvorstand Prämien für die private Krankenversicherung sparen. Deren Erstattungsanteil sinkt im gleichen Maße, wie die Beihilfesätze steigen.

Appell zur Freilassung von Ines Guadelupe

Generalsekretär Heiner Geißler hat an die deutsche und internationale Öffentlichkeit appelliert, sich für die Freilassung von Ines Guadelupe, der Tochter des salvadorianischen Staatspräsidenten Napoleon Duarte, und ihrer Sekretärin einzusetzen.

35 Jahre Bundespartei

Von Helmut Kohl

Auf ihrem ersten Bundesparteitag vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar wurde Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer zum ersten Vorsitzenden gewählt. Gleichzeitig wurde die Einrichtung einer CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn beschlossen. Mit diesem Parteitag konnte die Gründungsphase der CDU erfolgreich abgeschlossen werden, die wenige Wochen nach Kriegsende auf Orts- und Landesebene begonnen hatte. Der von unten organisch gewachsene Aufbau der CDU entspricht ihrem Charakter als Volkspartei. Menschen fanden sich aus ganz verschiedenen Regionen und aus allen Schichten unseres Volkes, vor allem aber was auch in seiner historischen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann über die Konfessionsgrenzen hinweg, in der Union zusammen. So entstand eine von Anfang an bürgernahe Volkspartei.

Für die CDU war der Start in die Demokratie gleichbedeutend mit dem Start in die politische Verantwortung. Das Bewußtsein und die Erfahrung der Zusammengehörigkeit in der politischen Arbeit ließen den Zusammenschluß auf Bundesebene als eine fast selbstverständliche Konsequenz der bisherigen Entwicklung erscheinen.

Die grundsätzlichen Zielsetzungen der heute vor 35 Jahren in Goslar verabschiedeten Resolution des ersten Bundesparteitages der CDU sind in diesen Tagen so aktuell wie damals:

Die CDU Deutschlands bekennt sich zu Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt. Mit dieser gemeinsamen Kraft strebt sie in eine höhere europäische Gemeinschaft hinein und bekennt sich zu den in Europa heute schon lebendigen gemeinsamen Ideen eines christlichen, demokratischen und sozialen Geistes. Sie hofft, daß auf dieser Grundlage auch die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kräfte Europas zu gemeinsamem Wirken zusammenfinden.

Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Juni

Das niedersächsische Kabinett hat die Wahltermine für 1986 festgelegt. Danach werden der Landtag am 15. Juni und die Kommunalvertretungen am 5. Oktober gewählt.

Zur letzten Landtagswahl am 21. März 1982 waren neun Parteien zugelassen worden. Nur CDU (50,7 Prozent), SPD (36,5 Prozent), Grüne (6,5 Prozent) und die FDP (5,9 Prozent) brachten Abgeordnete ins Parlament (171).

Jagoda Nachfolger von Haimo George

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einstimmig den hessischen CDU-Abgeordneten **Bernhard Jagoda** zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Bernhard Jagoda wird Nachfolger des kürzlich verstorbenen MdB Dr. Haimo George. Jagoda war bisher Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages.

Gewußt wie!

Wer jetzt aktiv bei der Offensive '87 mitmachen will, hat dazu viele Gelegenheiten: Z.B.:

- eine Veranstaltung im Rahmen der Beschäftigungsaktion 10000
 - eine Umweltaktion zum Thema Mit uns für eine lebenswerte Umwelt
 - eine Veranstaltung zur Umsetzung der Leitsätze für die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau
 - Mitgliederwerbung durch Einzelgespräche, im Rahmen einer gezielten Mitgliederwerbemaßnahme oder durch Briefwerbung und
 - die Aktivierung der Arbeit im eigenen Ortsverband
- Mitglieder und Verbände, die eine oder mehrere dieser Aktionen durchführen

SIEMENS

Wir stellen ein:

Funkelektroniker

Informationselektroniker

Lötinnen

Handarbeiterinnen

Einrichter



Beschäftigungsaktion
10.000

**CDU-Offensive
für mehr
Beschäftigung**

**Leitfaden
für Aktionen von
CDU-Verbänden**

CDU
sicher
sozial
und frei

Handbuch

Ortsverbands- arbeit

Erfolgreich für die CDU

CDU
sicher
sozial
und frei

wollen, stehen nicht mit leeren Händen da. Die Bundesgeschäftsstelle hat zur Vorbereitung und Planung dieser Aktionen praktische und durchdachte Handbücher und Leitfäden herausgegeben.

Die Leitfäden enthalten sowohl konkrete Beschreibungen von Aktionen, als auch Checklisten und Kontaktanschriften für wichtige Kooperationspartner.

Leitfaden: CDU-Offensive für mehr Beschäftigung

Vorschläge, wie sich die CDU-Verbände vor Ort für mehr Beschäftigung einsetzen können.

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 9,30 DM

Bestell-Nr.: 3705

Ortsverbandshandbuch: Erfolgreich für die CDU

Anregungen zur Öffentlichkeitsarbeit,

Leitfaden

„Mitgliederwerbung leicht gemacht“



Erfolgreiche Modelle für CDU-Verbände



Aktionsplanung, Zielgruppenarbeit und für Wahlkämpfe vor Ort.

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 6,90 DM

Bestell-Nr.: 3272

Aktionshandbuch: Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft

Aktionsvorschläge, wie die auf dem Essener Parteitag beschlossenen Leitsätze — Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau — umgesetzt werden können.

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 7,15 DM

Bestell-Nr.: 3696

Leitfaden: Mitgliederwerbung leicht gemacht

Drei erfolgreiche Modelle, wie man Mitglieder werben kann.

Mindestabnahme: 10 Stück



Die neue Partnerschaft

Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft

Anregungen zur Arbeit mit den Essener Leitsätzen



Preis pro Mindestabnahme: 6,75 DM
Bestell-Nr.: 6704

Besonders praktisch:

Zum Sammeln und Aufbewahren der Leitfäden gibt es einen Ringordner mit stabilem Einband.

Alle Leitfäden haben eine Lasche, mit der sie in diesem Ringordner eingeklemmt werden können. Das erleichtert die Arbeit mit ihnen und schützt sie zugleich vor Beschädigungen.

Ringordner

Mindestabnahme: 1 Stück

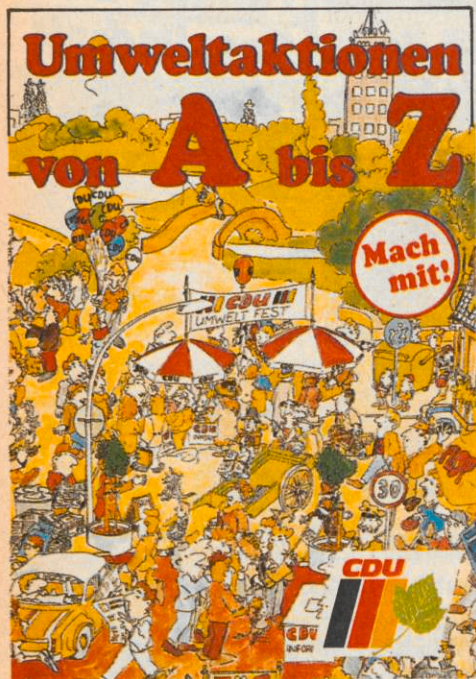
Preis pro Mindestabnahme: 4,80 DM

Bestell-Nr.: 9413

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28
4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



Aktionshandbuch: Umweltaktionen von A bis Z Mach mit!

Vielfältige Aktionsbeispiele regen zum Nachmachen an.

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM

Bestell-Nr.: 3670



**MIT UNS FÜR EINE
LEBENSWERTE
UMWELT**

U*i*D

33/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WA-Druck, Düsseldorf.